

660823-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Stadtplanung und Landschaftsgestaltung – Werkstattverfahren Campus
Flensburg
OJ S 209/2023 30/10/2023
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Flensburg Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@flensburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Werkstattverfahren Campus Flensburg

Beschreibung: Für die künftige Entwicklung des Campusgeländes der Hochschule Flensburg und der Europa-Universität Flensburg soll in einem gemeinsamen Prozess ein städtebaulicher Rahmenplan erstellt werden. Städtebaulich geordnete Entwicklungsperspektiven unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Belange für den Hochschul- und Universitätsstandort Flensburg sollen aufgezeigt werden. Der Wissenschaftsstandort Flensburg soll gestärkt werden, die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Hochschule Flensburg und für die Europa-Universität Flensburg aufgezeigt und angrenzend an die zentralen Bereiche der Universitäts- und Hochschuleinrichtungen eine gemischte und urbane Nutzungsstruktur entwickelt werden. Weiterhin ist es Ziel, eine bessere Vernetzung zur Innenstadt und zu umliegenden Quartieren zu schaffen und bestehende Qualitäten langfristig zu sichern. Grundgerüst für die heutige Struktur des Campusgeländes stellt der 1990 ausgelobte städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerb dar, der mit einigen Modifikationen die Grundlage für den ursprünglichen Bebauungsplan Nr. 144 (Hochschulgelände Sandberg) bildet. Seit den 90er-Jahren entwickelte sich das Campusgelände stetig fort.

Betrachtungsraum mit 65 ha und 25 ha Kernbereich Für das Campusgelände bedarf es einer geordneten städtebaulich-freiraumplanerischen Entwicklung, die unter einem gemeinsamen Leitbild steht und Nutzungskonflikten entgegenwirkt. Daher soll ein Rahmenplan erstellt werden, der die Qualitäten des ursprünglichen Wettbewerbsergebnisses mit den aktuellen, immer bedeutender werdenden Aufgabenstellungen (u.a. Anpassung an den Klimawandel, Sicherstellen einer nachhaltigen Mobilität, Reduktion von Flächenversiegelung) in Einklang bringt. Der Geltungsbereich und Betrachtungsraum des Rahmenplans erstreckt sich über ca. 65 ha. Der Kernbereich, der Gegenstand der vertieften planerischen Auseinandersetzung im Werkstattverfahren wird, beträgt ca. 20-25 ha. Angrenzend an die zentralen Bereiche der Hochschul- und Universitätseinrichtungen, welche auch weiterhin in vollem Umfang der Universität und der Hochschule für den Lehr- und Forschungsbetrieb zur Verfügung stehen müssen, ist es angedacht, das großflächige Campusgelände sowie das angrenzende Umfeld als integrierten Raum in der Stadt zu verstehen, der zusätzlich zu den Forschungseinrichtungen auch Platz für universitätsnahes Gewerbe, studentisches Wohnen und Naherholungsflächen bereitstellt. 3 Planungsteams werden im Rahmen einer

Parallelbeauftragung aufgefordert, sich mit dem Gebiet auseinanderzusetzen und ihre Entwürfe mit der Öffentlichkeit sowie beteiligten Akteuren zu diskutieren. Die verkehrlichen Belange werden durch ein derzeit auszuwählendes Büro für Verkehrsplanung umgesetzt. Während des gesamten Prozesses soll ein gemeinsamer Austausch zwischen Planungsteams und Verkehrsplanungsbüro stattfinden.

Kennung des Verfahrens: 9fce420f-f917-45ca-9007-7e2486d71164

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: In dem geplanten kooperativen Werkstattverfahren, das unter Beteiligung mit der Öffentlichkeit und betroffenen bzw. vor Ort ansässigen Akteuren durchgeführt wird, soll ein städtebaulich-freiraumplanerisches Konzept mit thematischen Vertiefungsbereichen entwickelt und in einem fortlaufenden Prozess weiter konkretisiert werden. Die so entstehende städtebaulich-freiraumplanerische Gesamtkonzeption bildet die Grundlage für das darauffolgende Bebauungsplanverfahren bzw. weitere Hochbaumaßnahmen. Durch das kooperative Werkstattverfahren sollen insbesondere die Leistungen gemäß der Anlage Leistungsbild (Anlage 03.02) erbracht werden. Zur Auswahl und Beauftragung der Planungsbüros ist die Verfahrensart das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71400000 Stadtplanung und Landschaftsgestaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71420000 Landschaftsgestaltung, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Flensburg

Land, Gliederung (NUTS): Flensburg, Kreisfreie Stadt (DEF01)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YNVHYMP 1) Am Auftrag interessierte Unternehmen haben sich um Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu bewerben. Hierfür ist zwingend ein Bewerberbogen zu verwenden, der in dem genannten Projektraum registrierungsfrei zur Verfügung steht. Die Beantwortung von Fragen zum Verfahren sowie sämtliche Kommunikation zwischen den Verfahrensbeteiligten und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über den o. g. Projektraum. Am Auftrag interessierte Unternehmen werden daher darum gebeten, sich für den Projektraum zu registrieren und im eigenen Interesse die dort für diese eingerichteten Postfächer regelmäßig auf neue Informationen der Vergabestelle zu kontrollieren; 2) Der Bewerberbogen enthält neben Erklärungsdrucke zu den geforderten Angaben zur Beurteilung der Eignung eine Abfrage von Angaben zur Person des Bewerbers, insbesondere dessen Leistungsspektrum sowie Vordrucke einer Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB und einer Erklärung nach VGS § 4. Weiter enthält er für den Fall der Bewerbung durch eine Bewerbergemeinschaft den Vordruck einer Bewerbergemeinschaftserklärung. Der Bewerbungsbogen ist für eine Bewerbergemeinschaft nur einmal vorzulegen. Der Bewerberbogen mit den vorstehend geforderten Angaben und Unterlagen zur Beurteilung der Eignung ist ausschließlich über den elektronischen Projektraum bis zu dem genannten Submissionstermin einzureichen. Bewerbungen, die verspätet oder nicht formgerecht (postalisch oder per E-Mail statt elektronisch über den

Projektraum) eingehen, können nicht berücksichtigt werden; 3) Im elektronischen Projektraum sind alle Anlagen zur Auftragsbekanntmachung frei verfügbar. Weitere, erst für die Ausarbeitung eines konkreten Angebots erforderliche Unterlagen werden nur den im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerbern zur Verfügung gestellt; 4) Etwaige Fragen von interessierten Unternehmen zum Teilnahmewettbewerb müssen bis spätestens 6 Kalendertagen vor Ablauf der Bewerbungsfrist über den elektronischen Projektraum eingereicht werden; 5) Mehrfachbewerbungen, als Einzelbewerber sowie als Mitglied einer /mehrerer Bewerbergemeinschaften sind nicht zulässig. Ein Austausch von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft nach Aufforderung zur Angebotsabgabe bedarf der Zustimmung des Auftraggebers, die grds. nur bei gleicher fachlicher Qualifikation erteilt wird. Entsprechendes gilt für einen Austausch von in Teilnahmeantrag vorgesehenen Nachunternehmern, auf die sich ein Bewerber/eine Bewerbergemeinschaft im Teilnahmeantrag zum Nachweis seiner/ihrer Eignung im Auftragsfall berufen hat; 6) Der Auftraggeber behält sich vor, das Vergabeverfahren bei weniger als 3 geeigneten Bewerbern/ Bewerbergemeinschaften mangels eines ausreichenden Wettbewerbs einzustellen. Ebenso behält er sich vor, im Teilnahmewettbewerb nicht berücksichtigte Bewerber/Bewerbergemeinschaft entsprechend ihrer Rangfolge bis zur Höchstzahl von 5 Verfahrensteilnehmern nachträglich, als Nachrücker am weiteren Verfahren zu beteiligen, soweit einzelne im Teilnahmewettbewerb ausgewählte Bewerber/Bewerbergemeinschaften mitteilen, von der Abgabe eines Erstangebots absehen; 7) Der Auftraggeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden europaweiten Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der EU maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird und der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig, verändert oder mit weiteren Angaben wiedergegeben wird. 8) Weitere Verfahrensschritte: a) Die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Teilnehmer müssen mit dem Angebot einen Nachweis über die vollständige Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters), die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate) und den Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung gemäß den Angaben in der Eigenerklärung zur Eignung einreichen. (Für den Teilnahmewettbewerb genügt zunächst eine Eigenerklärung. In der Angebotsphase sind die Nachweise einzureichen) b) Bietergespräche werden voraussichtlich Ende Februar 2024 stattfinden. Die genauen Termine werden den ausgewählten Bewerberinnen und Bewerbern mit der Angebotsaufforderung mitgeteilt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Werkstattverfahren Campus Flensburg

Beschreibung: Für die künftige Entwicklung des Campusgeländes der Hochschule Flensburg und der Europa-Universität Flensburg soll in einem gemeinsamen Prozess ein städtebaulicher Rahmenplan erstellt werden. Städtebaulich geordnete Entwicklungsperspektiven unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Belange für den Hochschul- und Universitätsstandort Flensburg sollen aufgezeigt werden. Der Wissenschaftsstandort Flensburg soll gestärkt werden, die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Hochschule Flensburg und für die Europa-Universität Flensburg aufgezeigt und angrenzend an die zentralen Bereiche der Universitäts- und Hochschuleinrichtungen eine gemischte und urbane Nutzungsstruktur entwickelt werden. Weiterhin ist es Ziel, eine bessere Vernetzung zur Innenstadt und zu umliegenden Quartieren zu schaffen und bestehende Qualitäten langfristig zu sichern. Grundgerüst für die heutige Struktur des Campusgeländes stellt der 1990 ausgelobte städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerb dar, der mit einigen Modifikationen die Grundlage für den ursprünglichen Bebauungsplan Nr. 144 (Hochschulgelände Sandberg) bildet. Seit den 90er-Jahren entwickelte sich das Campusgelände stetig fort.

Betrachtungsraum mit 65 ha und 25 ha Kernbereich Für das Campusgelände bedarf es einer geordneten städtebaulich-freiraumplanerischen Entwicklung, die unter einem gemeinsamen Leitbild steht und Nutzungskonflikten entgegenwirkt. Daher soll ein Rahmenplan erstellt werden, der die Qualitäten des ursprünglichen Wettbewerbsergebnisses mit den aktuellen, immer bedeutender werdenden Aufgabenstellungen (u.a. Anpassung an den Klimawandel, Sicherstellen einer nachhaltigen Mobilität, Reduktion von Flächenversiegelung) in Einklang bringt. Der Geltungsbereich und Betrachtungsraum des Rahmenplans erstreckt sich über ca. 65 ha. Der Kernbereich, der Gegenstand der vertieften planerischen Auseinandersetzung im Werkstattverfahren wird, beträgt ca. 20-25 ha. Angrenzend an die zentralen Bereiche der Hochschul- und Universitätseinrichtungen, welche auch weiterhin in vollem Umfang der Universität und der Hochschule für den Lehr- und Forschungsbetrieb zur Verfügung stehen müssen, ist es angedacht, das großflächige Campusgelände sowie das angrenzende Umfeld als integrierten Raum in der Stadt zu verstehen, der zusätzlich zu den Forschungseinrichtungen auch Platz für universitätsnahes Gewerbe, studentisches Wohnen und Naherholungsflächen bereitstellt. 3 Planungsteams werden im Rahmen einer Parallelbeauftragung aufgefordert, sich mit dem Gebiet auseinanderzusetzen und ihre Entwürfe mit der Öffentlichkeit sowie beteiligten Akteuren zu diskutieren. Die verkehrlichen Belange werden durch ein derzeit auszuwählendes Büro für Verkehrsplanung umgesetzt. Während des gesamten Prozesses soll ein gemeinsamer Austausch zwischen Planungsteams und Verkehrsplanungsbüro stattfinden.

Interne Kennung: #1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71400000 Stadtplanung und Landschaftsgestaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71420000 Landschaftsgestaltung, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Flensburg

Land, Gliederung (NUTS): Flensburg, Kreisfreie Stadt (DEF01)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2024

Enddatum der Laufzeit: 01/12/2024

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Hinweise zu

Bietergemeinschaften: Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist möglich. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft hat die geforderten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll.

Sofern die ausgeschriebenen Leistungen der Bereiche Städtebau und Landschaftsarchitektur/ Freiraumplanung nicht von einem teilnehmenden Büro erbracht werden können, ist die Bildung von Bietergemeinschaften aus Stadtplanern/-innen bzw.

Architekten/-innen mit Landschaftsarchitekten/-innen oder Freiraumplanenden oder die Bewerbung als Einzelbewerbender, der jeweils 2 Fachrichtungen vertritt, zwingend vorgeschrieben.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister bzw. in ein Handelsregister am Wohnort des Bewerbers nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift. Hinweis: Ein Handelsregistrauszug oder Partnerschaftsregistrauszug muss gültig und darf nicht älter als 12 Monate sein. (Stichtag ist der Tag der Submissionsfrist für Teilnahmeanträge). B2) Erklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 und 124 GWB vorliegen; B3) Angaben zur Vertretungsberechtigung B4) KMU-Eigenerklärung B5) Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen. B6) Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket - RUS-Sanktionen (vgl. Anlage 01_Bewerberbogen, S. 1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Stadtplaner/Architekten/Landschaftsarchitekten für städtebauliche Leistungen gem. Merkblatt Nr. 51 und Grundleistungen bei Grünordnungsplänen gem. § 29 HOAI 2021 gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben: B1) Erklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung/Zusammenarbeit; B2 - A) Eigenerklärung über geleistete Steuerzahlungen (Alternativ: Bescheinigung von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaates, dass der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (Auskunft in Steuersachen, max. 12 Monate alt) ordnungsgemäß erfüllt. Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs); B2 - B) Eigenerklärung über geleistete Sozialabgaben. (Alternativ: Nachweis über regelmäßige Leistung der Sozialversicherungsbeiträge (Unbedenklichkeitsbescheinigung der Einzugsstelle (max. 12 Monate alt) UND der Berufsgenossenschaft, aktuell und gültig) Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs); C1) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung; C2) Erklärung über den Gesamt- und Teilumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 45 (1) VgV) für die Leistungen aus dem Bereich Städtebau, Landschaftsarchitektur/Freiraumplanung die mit ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Die aufgezählten Nachweise dürfen nicht älter als 12 Monate und müssen noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bewerbungsgemeinschaften für alle Mitglieder bzw. für alle Unterauftragnehmer (Eignungsleihe) vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise in deutscher Sprache vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist,

erstellt wurden. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben nachzufordern. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Zu C1: die Deckungssummen für den Leistungsbereich im Bereich Städtebau und Freiraumplanung (in Anlehnung an Merkblatt Nr. 51 AKBW) mind. 1 000 000 EUR für Personenschäden, mind. 750 000 EUR für sonstige Schäden abdecken. Zu C2: der Teilumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre für die Leistungen aus dem Bereich Städtebau, die mit ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind muss mind. 200 000 EUR (netto) im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2020/2021/2022) betragen. der Teilumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre für die Leistungen aus dem Bereich Landschaftsarchitektur/ Freiraumplanung, die mit ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind muss mind. 100 000 EUR (netto) im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2020/2021/2022) betragen. Sofern in Bewerbungsgemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bewerber der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: D1) Liste der wesentlichen in den letzten 8 Jahren (Stichtag: 1.1.2015) erbrachten Leistungen (§ 46 (3) 1.VgV); D2) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers gem. Abschnitt III.2.1) der EU-Bekanntmachung; D3) Erklärung der Beschäftigtenzahl in den letzten 3 Jahren (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV). Über die geforderten Nachweise hinaus abgegebene Unterlagen (Bürobroschüren o. ä.), bleiben unberücksichtigt. Maßgeblich sind die Angaben im Teilnahmeantrag. Referenzen aus früheren Tätigkeiten in anderen Büros werden zugelassen, soweit eine Bescheinigung des früheren Arbeitgebers vorliegt, dass diese Referenzen in leitender Position bearbeitet wurden. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Zu D1: Die Projekte müssen in den vergangenen 8 Jahren (Stichtag 1.1.2015) bearbeitet worden sein. Die Leistungen dürfen nicht vor dem 1.1.2015 begonnen sein und die jeweils geforderten Leistungen müssen zum Zeitpunkt der Bewerbung abgeschlossen sein. 1) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mind. ein vergleichbares städtebaulich-freiraumplanerisches Projekt mit der Mindestgröße von 2 ha nachzuweisen. 2) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mind. ein Projekt für einen öffentlichen Auftraggeber nachzuweisen. Referenzen sind unter: a) Angabe der Projektbeschreibung; b) Angabe des Projekttyps; c) Angabe des Leistungszeitraums vgl. Leistungen (LPH 1-3) der Landschaftsarchitektur/ Freiraumplanung (in Anlehnung an § 24 HOAI 2013) und für vgl. Leistungen (LPH 1-3) des Städtebaus (in Anlehnung an gem. Merkblatt Nr. 51 der Architektenkammer Baden-Württemberg (Stand 12/2020); d) Angabe des Plangebiets in ha; e) Angabe zu Erfahrungen mit dialogorientierten Planungsverfahren; f) Angabe der Preise /Anerkennung zum Projekt; g) Angabe, ob die Referenz für die qualitative Bewertung herangezogen werden soll; h) Angabe zu Art des Auftraggebers; i) Angabe und Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner/in (inklusive Telefonnummer) in die Leistungsübersicht (D1.3) einzutragen. Zu D2: Stadtplaner/Architekten/Landschaftsarchitekten für städtebauliche Leistungen gem. Merkblatt Nr. 51 und Grundleistungen bei Grünordnungsplänen gem. § 29 HOAI 2021 Mitarbeiter/innen mit berufsqualifizierendem Hochschulabschluss (Dipl.-Ing./Dipl.-Ing. (FH) oder Master oder Bachelor an Universitäten oder Fachhochschule. Zu D3: Es sind mindestens 4 festangestellte Mitarbeiter/innen mit einem berufsqualifizierendem Hochschulabschluss für städtebauliche Leistungen gem. Merkblatt Nr. 51 und Grundleistungen bei Grünordnungsplänen gem. § 29 HOAI 2021 im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2020/2021/2022) nachzuweisen (davon durchschnittlich: 2 Projektleiter/in /Führungskraft mit Kammereintrag als Stadtplaner/ in oder, Architekt/in UND mind. 1

Landschaftsarchitekt(in) und 1 Mitarbeiter/innen mit berufsqualifizierendem Hochschulabschluss aus den Fachrichtungen Stadtplanung oder Architektur oder Landschaftsarchitektur). Es werden sowohl Inhaber als auch sozialversicherungspflichtig beschäftigte Mitarbeiter/innen mit entsprechenden Berufsqualifikation gewertet. Bewerbergemeinschaften können diese Anforderung gemeinsam erfüllen. Über die geforderten Nachweise hinaus abgegebene Unterlagen (Bürobroschüren o. ä.), bleiben unberücksichtigt. Maßgeblich sind die Angaben im Teilnahmeantrag. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 140,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Struktur des Projektteams zur Erfüllung dieser Ausschreibung: Erstellung eines Organigramms mit der Benennung und Qualifikation der vorgesehenen Mitarbeitenden und deren Position im Projektteam sowie deren zu erbringenden Leistungsanteile

Beschreibung: Detaillierte Anforderungen werden mit der Angebotsaufforderung zu Beginn der Verhandlungsphase mitgeteilt.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personalspezifische Referenzen der Projektleitung sowie der stellv. Projektleitung

Beschreibung: Detaillierte Anforderungen werden mit der Angebotsaufforderung zu Beginn der Verhandlungsphase mitgeteilt.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Motivationsschreiben und spezifische Herangehensweise an die Aufgabenstellung

Beschreibung: Detaillierte Anforderungen werden mit der Angebotsaufforderung zu Beginn der Verhandlungsphase mitgeteilt.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YNVHYMP/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YNVHYMP>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YNVHYMP>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 27/11/2023 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 \$name_timeperiod.

MONTHS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 4 VgV sind die nachgeforderten Unterlagen vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Noch nicht bekannt

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: - Mustervertrag (Anlage 03.01), Leistungsbild (Anlage 03.02) - Angebotsaufforderung (Verhandlungsphase) - Zuschlagskriterien gem.

Zuschlagsmatrix (Anlage 02)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Es wird auf § 160 GWB verwiesen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 - 4 GWB unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Flensburg Vergabestelle
Beschaffungsdienstleister: büro lucherhandt & partner Lucherhandt Senger Stadtplaner PartGmbH
TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Flensburg Vergabestelle
Registrierungsnummer: keine Angabe
Stadt: Flensburg
Postleitzahl: 24937
Land, Gliederung (NUTS): Flensburg, Kreisfreie Stadt (DEF01)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@flensburg.de
Telefon: 0461 852933
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: büro lucherhandt & partner Lucherhandt Senger Stadtplaner PartGmbH
Registrierungsnummer: DE340365211
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 20457
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: flensburg@lucherhandt.de
Telefon: 040 70708070
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24105
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Telefon: +49 4319884542
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: ee00c053-98a3-4947-8b69-55ff61b94ee7 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/10/2023 10:26:40 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 660823-2023
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 209/2023
Datum der Veröffentlichung: 30/10/2023